



Mitarbeiter diakonischer Einrichtungen demonstrieren 2007 in Stuttgart gegen drohende Gehaltseinbußen. dpa

Barmherzige Samariter als knallharte Kapitalisten

Diakonie und Caritas sollen Lohndumping und Leiharbeit betreiben – Gewerkschaft Verdi fordert Mindestbezahlung

Die Kirchen haben hohe moralische Ansprüche. Dennoch treten sie als Arbeitgeber oft nicht viel besser auf als Wirtschaftsunternehmen, denen die Bilanz wichtiger ist als die Situation der Belegschaft.

Deutschlands Kirchen predigen Nächstenliebe und soziale Gerechtigkeit. Sie fordern gerechten Lohn und einen menschenwürdigen Arbeitsplatz, damit jeder sich und seine Familie ernähren kann. Hehre Ansprüche, die die Katholische und die Evangelische Kirche wie eine Monstranz vor sich hertragen. Jetzt sind die barmherzigen Samariter selbst in die Kritik geraten.

VON MARKUS BRAUER

Der Vorwurf: Ausgerechnet die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände, Diakonie und Caritas, sollen Lohndumping, Outsourcing und Leiharbeit betreiben, um die Ausgaben bei Niedriglohngruppen massiv zu senken. Immer mehr kirchliche Beschäftigte, heißt es in Medienberichten, könnten vom regulären Lohn nicht mehr leben und seien auf staatliche Hilfe angewiesen. Die Kirchen als Ausbeuter und Lohndrücker?

Im Internet machen Beschäftigte und Ex-Mitarbeiter ihrem Ärger Luft: Ein Krankenpfleger aus Schwerin berichtet, er habe als Zeitarbeiter bei der Diakonie gejobbt – 35 Stunden pro Woche für 1300 Euro brutto. Ein anderer schreibt, ihm und anderen Mitarbeitern eines Altenheims im Südwesten sei untersagt worden, einen Zweitjob anzunehmen. Sie müssten ständig verfügbar sein.

Klaus-Dieter Kottnik haben die Vorwürfe aufgeschreckt. „Ich halte sie für überzogen“, sagt der Präsident des Diakonie-Bundesverbandes. „Die diakonischen Einrichtungen halten sich an die eigenen tariflichen Vereinbarungen.“ Insgesamt gehören 27 500

Einrichtungen zum Diakonischen Werk. Aufgrund der unübersichtlichen Verbandsstrukturen ist aber nicht einmal Kottnik bekannt, wie viele der insgesamt 460 000 Mitarbeiter im Niedriglohnsektor als Wäscherin, Putz- hilfe oder Pflegehilfskraft arbeiten.

Aus demselben Grund weiß man auch in der Berliner Zentrale nicht, wie viele Service-Gesellschaften bis heute gegründet wurden. Unter dem Eindruck der öffentlichen Debatte hat Kottnik deshalb bei den Landesverbänden genauer nachgefragt. „Die bisherigen Rückmeldungen zeigen: Bei uns gibt es kein Lohndumping“, sagt der frühere Vorstandschef der Diakonie Stetten. „Wir zahlen überall mehr als Privatgewerbliche.“

Das sieht Ulrich Maier, Vorsitzender der Mitarbeitervertretungen der Diakonie Württemberg, ganz anders. In Stetten hat man – wie vielerorts auch – eine Service GmbH gegründet. „Diese dient nur der Tarifflicht, eine Leiharbeitsfirma für eigene Zwecke“, sagt der Heilerziehungspfleger.

„Es gibt bei uns keine Lohndrückerei“

Eberhard Brachhold, Diakonie Stetten

Inzwischen seien „in der weltlichen Tochter der kirchlichen Mutter“ 50 bis 60 Personen angestellt, die „deutlich unter dem kirchlichen Tariflohn“ verdienen. „Eine Pflegehilfskraft hat bis zu 300 Euro brutto weniger im Monat.“ In der Diakonie frei werdende Stellen würden nicht mehr besetzt, stattdessen würden Service-Mitarbeiter „ausgeliehen“. In Württemberg gebe es gut 60 solcher Firmen, so Maier, „die gegründet werden, um Tarife zu drücken und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zu schaffen.“

In Stetten – mit 3680 Mitarbeitern eine der größten Diakonie-Einrichtungen – wehrt man sich gegen die Vorwürfe. „Es

gibt bei uns keine Lohndrückerei“, sagt Sprecher Eberhard Brachhold. In der Service GmbH seien die „Löhne niedriger, weil wir sonst nicht konkurrenzfähig sind“.

Diakonie und Caritas sehen sich gleich von zwei Seiten unter Druck: Zum einen sind die eigenen Tariflöhne deutlich höher als die der privaten Konkurrenz. Zum anderen sind die Leistungspauschalen der Pflegekassen seit 1995 nicht mehr angehoben worden. Um im Wettbewerb zu bestehen, werden die Personalausgaben gesenkt – auf Kosten der schwächsten Mitarbeiter und des eigenen Image: Die barmherzigen Samariter erscheinen als knallharte Kapitalisten. Die Verantwortlichen sehen sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. Die Politik sei schuld, weil sie durch „die Förderung eines Preisdumpingwettbewerbs bewusst eine Gehaltsspirale nach unten“ angestoßen habe, wehrt sich jetzt der Diakonievorstand.

Bei der Caritas ist die Lage nicht weniger verfahren als bei der Diakonie. Der Umgang mit den unteren Lohngruppen „ist wahnsinnig schwer zu lösen“, gesteht Rainer Brockhoff, Caritasdirektor der Diözese Rottenburg-Stuttgart, ein. „Wir machen kein Lohndumping, aber wir haben noch keine befriedigende Lösung für diesen Lohnbereich.“

Die vielerorts geübte Praxis hat mit christlichen Idealen offenkundig wenig zu tun. „Beim Niedriglohnbereich, der ohnehin unter Druck steht, soll Geld eingespart werden“, kritisiert Thomas Schwendele, Mitglied der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes. Den Bischöfen wurde, so Schwendele, eine „schwarze Liste“ mit fast 100 Servicegesellschaften zugestellt, die gegen das kirchliche Arbeitsrecht verstößen – eine davon in Rottenburg-Stuttgart.

Verdi fordert schon seit langem, die Pflegebranche in das Entsendegesetz aufzunehmen. Die Gewerkschaft macht sich für einen Mindestlohn von 9,50 Euro stark. „Üblich sind 7,50 Euro und weniger – auch in kirchlichen Einrichtungen“, betont Verdi-Landesfachbereichsleiter Günter Busch.

„Das System Kirche ist nicht transparent. Kaum etwas dringt nach außen.“

Zumindest ist bekannt, wie gespart wird: Eine Diakonie- oder Caritas-Einrichtung gründet ein Service-Unternehmen. Wer dorthin wechselt, genießt meist Bestandschutz. Neue Mitarbeiter erhalten aber deutlich weniger Geld. In der Regel liegen die Stundenlöhne über denen der privaten Konkurrenz. Service-Leute fungieren wiederum als Leiharbeiter bei der Mutterfirma.

„Das Problem sind die Löhne für Teilzeitkräfte“

Renate Richter, Verdi-Kirchenexpertin

Nach einem Urteil des obersten evangelischen Kirchengerichts ist solche Leiharbeit nur zur „Überbrückung kurzzeitigen Beschäftigungsbedarfs“ zulässig. Eine dauerhafte Beschäftigung widerspreche kirchlichen Grundsätzen. Dennoch nutzen immer mehr Einrichtungen die Möglichkeiten der liberalisierten Arbeitnehmergesetze.

Vor allem der wachsenden Zahl an Teilzeitkräften reicht das Einkommen nicht, um davon zu leben, geschweige denn eine Familie zu ernähren. „Das Problem ist nicht so sehr der Stundenlohn, sondern die Löhne für Teilzeitkräfte“, sagt Verdi-Kirchenexpertin Renate Richter. Viele kämen nur mit Zweitjobs oder Hartz IV über die Runden.

Es mag der ökonomischen Vernunft entsprechen, schlechter entlohnte Arbeitnehmer einer Leiharbeitsfirma zu beschäftigen, Betriebsteile auszulagern und Service-Gesellschaften zu gründen. Aber dieser Kapitalismus vertritt sich nur schwer mit christlichen Idealen. „Es muss Schluss sein mit der beruflichen Tätigkeit für Gottes Lohn“, schreibt ein Diakonie-Mitarbeiter im Internet. „Auch wir müssen unsere Existenzen und die unserer Familien sichern können.“

Arbeitgeber Kirche

■ **Beschäftigte:** Die Katholische und die Evangelische Kirche beschäftigen in Deutschland rund 1,2 Millionen Mitarbeiter. 450 000 davon sind bei der Diakonie, knapp 500 000 bei der Caritas tätig. Damit sind die Evangelische und die Katholische Kirche die größten privaten Arbeitgeber.

■ **Einrichtungen:** Unter dem Dach des Diakonischen Werkes sind circa 27 500 Einrichtungen und Dienste vereint, beim Deutschen Caritasverband sind es mehr als 20 000 Beratungsstellen, Sozialstationen, Heime und andere Organisationseinheiten.

■ **Arbeitsrecht:** Aufgrund grundgesetzlich verankerter Sonderrechte können die beiden großen Kirchen ihre eigene Tarifpolitik betreiben und Dienstverfassung regeln. Die Mitarbeiter dürfen weder streiken noch sich gewerkschaftlich engagieren. Stattdessen gibt es den sogenannten dritten Weg: Kircheninterne Gremien, die paritätisch aus gewählten Vertretern der Mitarbeiter und Arbeitgeber zusammengesetzt sind, regeln arbeitsrechtliche Fragen.

Nach Angaben der Diakonischen Arbeitnehmerinitiative werden mehr als zwei Drittel aller Ein-Euro-Jobber bei Diakonie und Caritas beschäftigt. Dort würden sie „in hohem Umfang“ Stamarbeitnehmer ersetzen. „Der Widerspruch zwischen kirchlichem Anspruch und ökonomischem Denken ist allgegenwärtig.“ mb